

frei zu machen, hat bisher nicht die Zustimmung des Episkopats gefunden.

Die Zahl der einheimischen Priesterberufe ist tatsächlich seit dem Kriege erheblich gewachsen. Manche Seminare leiden unter Platzmangel. Auch der einheimische Ordensnachwuchs steigt. Neben etwa 500 Seminaristen der Diözesen sind 400 der Orden getreten. Dennoch ist der Nachwuchs nicht ausreichend, um die Priesternot grundlegend zu beheben. Auf der Basis der Seminaristenzählung von 1953 hat man folgende Rechnung aufgemacht: Es befanden sich damals 886 Seminaristen in den Großen Seminarien des Weltklerus und der Orden. Nimmt man an, daß drei Viertel dieser jungen Leute ihr Ziel erreichen, so würden jährlich 111 an den Altar treten. Andererseits ergibt sich bei der optimistischen Annahme, daß jeder Priester im allgemeinen 40 Jahre arbeitsfähig bleibt und bei Zugrundelegung eines jährlichen Ausscheidens von 66 Priestern des Landes durch Krankheit, Alter und Tod, daß der echte Zuwachs an Priestern pro Jahr nur 45 beträgt. Demgegenüber steht die außerordentliche Bevölkerungsvermehrung des Landes, das 1949 14,6 Millionen Katholiken zählte, 1953 aber schon fast 16 Millionen. Einer Zunahme der katholischen Bevölkerung von 2,3% steht also eine Zunahme der Priesterzahl von nur 1,7% gegenüber. Kommen also in den nächsten Jahren nicht noch mehr Priester aus dem Ausland, so wächst trotz des stärkeren Nachwuchses die Seelsorgelast des einzelnen Priesters eher, statt abzunehmen. Vor ein paar Jahren errechnete der Fernost-Korrespondent des amerikanischen katholischen Nachrichtendienstes, daß täglich fast 650 Filipinos ohne die Möglichkeit zum Empfang der Sterbesakramente aus dem Leben scheiden. In Manila sind Beerdigungen von gläubigen Katholiken ohne priesterliches Geleit eine Selbstverständlichkeit. Manila hatte 1952 noch sieben Pfarreien mit 20 000 und drei mit 15 000—20 000 Katholiken, an denen nur je ein Priester wirkte. Cebu wies zwei Pfarreien von mehr als 30 000 Katholiken und elf von 15 000—20 000 mit nur je einem Priester auf. Damals gab es insgesamt 138 nur von einem Priester betreute Pfarreien auf den Philippinen, deren Katholikenzahl zwischen 15 000 und 43 000 betrug. Drei Viertel der Katholiken, so schätzt man, haben auf den Inseln keine Gelegenheit zum regelmäßigen Besuch der Sonntagsmesse. Der große Priestermangel dauert nun schon 50 Jahre, und man muß sich wundern, daß noch soviel christliche Substanz auf den Philippinen gerettet wurde. Aber der Katholizismus muß zwangsläufig an Auszehrung sterben, wenn die Frage eines zahlreichen Priesternachwuchses nicht endgültig gelöst werden kann.

#### *Einheimischer Klerus und Nationalismus*

Im einheimischen Episkopat gibt es eine Reihe hervorragender Gestalten, die die Probleme der Kirche klar sehen und ihre Rechte mit Klugheit, Geschick und Festigkeit verteidigen. Das Anliegen, die Kirche wahrhaft einheimisch zu machen, liegt ihnen sehr am Herzen. Die philippinischen und ausländischen Oberhirten traten das kulturelle Erbe der in spanischen Formen gestalteten Kirche an, an dem Bischöfe und Priester allzulange festgehalten hatten. Dadurch geriet auch die Seminarerziehung ungewollt, aber wirksam in Gegensatz zu einer kulturellen Umwelt, die neuen Zielen zuströmte. Heute ist die Vorbildung der meisten Seminare stark enthispanisiert, die einiger sogar völlig.

Eine wirkliche Gefahr scheint aber heute der Nationalismus zu sein. Wir wollen hier Worte zitieren, die der Rektor der Universität Cebu, P. van Ganswinkel, auf der schon genannten Tagung für Missionare zu Münster am 27. Mai 1953 sprach: „Wenn man in früheren Zeiten die Missionare hat warnen müssen, durch ihre Vaterlandsliebe ihrer Missionsarbeit zu schaden, so wäre heute vielfach eine Mahnung an den Klerus und das Volk der Philippinen angebracht, sich als Mitglied der großen Völkerfamilie auf Erden und der Weltkirche Christi zu betrachten und nicht durch Überbetonung kleiner nationaler Einheiten die Entfaltung christlichen Lebens noch schwieriger zu machen, als es von Natur aus ist. Jeder Missionar wird im Prinzip die Notwendigkeit einer klugen, innerhalb vernünftiger Grenzen gehaltenen Akkommodation anerkennen; aber er wehrt sich dagegen, wenn Vertreter des einheimischen Klerus unter dem Vorwand der ihnen geduldeten Anpassung das Recht zu haben glauben, immer und überall ihren Orts- oder Stammesdialekt zu sprechen oder wahre Kunstwerke aus ihren Kirchen zu verbannen und mit schrecklichem Kitsch die Menschen zu verbilden! . . .“

Von diesem Überschwang des nationalen Gefühls wird manchmal auch das Verhältnis von einheimischem und ausländischem Klerus getroffen, ohne dessen Hilfe der philippinische Klerus wieder vor der Lage von 1896 stehen würde, wo nach Vertreibung aller spanischen Priester, die nicht im Kampf zwischen Filipinos und Amerikanern Opfer der Revolution wurden, 1000 einheimische Priester übrigblieben, die für damals sechs Millionen Katholiken in 800 Riesenpfarreien sorgen sollten. Einigkeit und Opfersinn des gesamten Klerus sowie universal-kirchliches Denken können allein dem philippinischen Katholizismus die Kraft geben, Ausstrahlungszentrum des Katholizismus im Fernen Osten zu sein. Pius XII. hat verschiedentlich auf die ausnehmend große Bedeutung des Katholizismus der Philippinen für die Lage der Kirche im Fernen Osten hingewiesen, so noch in seiner Rundfunkansprache an den Marianischen Kongreß im Dezember 1954 zu Manila, der 800 000 Menschen im Gebet vereinigt sah. Damals ermahnte der Papst die Katholiken, ihre Nation auf christlichen Fundamenten aufzubauen, damit sie imstande sei, ihre historische Aufgabe zu erfüllen, im Fernen Osten Leuchtturm christlichen Lebens, Säule und Fundament eines Gebäudes zu sein, dessen Erhabenheit und Größe man nicht voraussehen könne.

## Ökumenische Nachrichten

**Die Generalsynode der EKD in Espelkamp** Der Berliner Pfarrer Dr. E.-F. von Rabenau, einst ein entschiedener, aber immer sehr geistlicher Vorkämpfer der Bekennenden Kirche, fragte in seiner Vorschau auf die Generalsynode der EKD zu Espelkamp im „Tagesspiegel“ (6. März 1955): „Wird es auf der Synode zu einer grundlegenden Neubesinnung kommen? Wird sie eine Rückkehr zu dem eigensten Thema der Kirche bringen? Wird der Ansatz zu einer Reformation unserer Volkskirche, der uns im ersten Kirchenkampf geschenkt war, wieder lebendig werden?“ Die bisherigen Nachrufe lassen dergleichen nicht erkennen. Es war wieder eine bis zur Unerträglichkeit mit Spannung geladene Synode, die sich schließlich noch auf ihre Verpflichtung zum Vorbild der

Einheit für die von ihr geforderte Wiedervereinigung des deutschen Volkes besann. Nach vielen reinigenden Aussprachen und den fälligen Neuwahlen ihres Präses und des Rates der EKD kam sie am 4. oder 5. der insgesamt sechs Sitzungstage (6.—11. März) zu dem eigentlichen Thema, das ihr gestellt war: „Die Kirche in der Welt der Arbeit“, zu spät, um noch etwas Rechtes daraus zu machen. Aber es scheint doch eine Frucht dieser Not-Synode gereift zu sein, das Bewußtsein, daß es in der neuen Legislaturperiode nicht mehr so weitergehen darf: die Synode muß sich auf ihre geistliche Verantwortung besinnen und die Gläubigen unter der Pflicht zum missionarischen Auftrag der Kirche sammeln, statt sich immer von der Tagespolitik die Fragen stellen zu lassen.

Freilich kann das nicht durch einen Bruch mit der Geschichte der letzten sechs Jahre geschehen, über die Bischof D. Otto Dibelius einen umfassenden Tätigkeitsbericht vorlegte. Darin hieß es u. a.: „Wieviel persönlicher, intimer, brüderlicher, lebendiger und inhaltsreicher sind unsere jetzigen Synoden (im Vergleich zu den ‚Kirchentagen‘ der Weimarer Republik) geworden . . . Das gemeinsame Erleben des Kirchenkampfes und der Bekennenden Kirche ist bis auf diesen Tag zu spüren. Die Synoden der EKD sind, ganz gleich, was sie beschließen, eine Stärkung des Gemeinschaftsbewußtseins innerhalb der evangelischen Christenheit Deutschlands. Dafür müssen wir dankbar sein.“ Zwar verschwieg Dibelius nicht die Tätigkeit der VELKD, die bei ihrem Zusammenschluß 1948 die Existenz der EKD mit keinem Wort erwähnte und die, wie wir noch sehen werden, unter Führung von Prof. Dr. Hertrich, Hamburg, diesmal als ein fester Block auftrat und die Wahl von Prof. Constantin von Dietze, Freiburg, zum neuen Präses gegen Dr. Heinemann mit 77 zu 40 Stimmen durchsetzte. Er verschwieg auch nicht, daß der Rat bei seiner Zusammensetzung, die alle Richtungen und Landschaften berücksichtigen soll, „die Gegensätze unseres kirchlichen Lebens getreulich widerspiegelt. Man kann nicht mehr von ihm erwarten, als daß er diese Gegensätze brüderlich trage, daß er sie geistlich überwinde, daß er, wo das nicht möglich ist, die Spannungen fruchtbar mache und die alles tragende Gemeinsamkeit des Glaubens und der Liebe zu freudigem Ausdruck bringe. Vielleicht ist dies eben die einzige Art von zusammenfassender Leitung, die in einer großen evangelischen Kirche möglich ist.“

„Wir sind einig . . .“

Aber D. Dibelius legte besonderen Wert darauf, das Gemeinsame herauszuheben. Zum Hauptthema, dem Friedensprogramm, sagte er, daß wohl alle, auch unter den veränderten Verhältnissen, noch zu der Botschaft der Synode von Berlin-Weißensee von 1950 stünden (vgl. Herder-Korrespondenz ds. Jhg., S. 261). Das Gemeinsame möge einzelnen simpel und fast trivial erscheinen, und doch sei es vielleicht mehr, als man zunächst denkt:

„1. Wir sind einig darin, daß die Kirche Jesu Christi für den Frieden einsteht. Wir glauben es uns gegenseitig, daß es jedem, wie er sich auch entscheiden mag, eben darum und um nichts anderes zu tun ist. Wir wollen, daß auch die Welt das wisse: Die evangelische Kirche redet nicht dem Kriege das Wort, keinem Kreuzzug, keinem Befreiungskrieg, sondern dem Frieden! Gegenüber einem Eindruck, der von einer massiven Agitation immer wieder hervorgerufen wird und der auf weite Kreise unseres Volkes nicht ohne Wirkung bleibt, kann das nicht oft genug gesagt

werden, auch wenn es uns allen längst zum Halse heraushängt.

2. Es geht uns allen darum, daß die Wiedervereinigung Deutschlands in Freiheit zustande komme — nicht in ferner Zukunft, sondern sobald sie nur irgend erreichbar ist. Wir betrachten das nicht als ein politisches Ziel, das uns nur indirekt angeht, sondern als eine Forderung sittlicher Verantwortung, die die Kirche zu vertreten hat.

3. Wir verfolgen die Absperrung der Völker voneinander mit großer Sorge, weil sie entfremdet, was zum Dienst aneinander bestimmt ist. Wir bemühen uns, Fäden der Verständigung zwischen den Völkern zu spinnen, und wenn es nur im Raum der Kirche wäre. Wir können das jetzt, nachdem der Westen seine politische Entscheidung gefällt hat, noch unbefangener tun als bisher. Wir sind zu jedem Dienst bereit, der darüber hinaus zu Aussprachen führen kann. Unsere regelmäßigen Konvente mit den protestantischen Kirchen Frankreichs, Hollands, der skandinavischen und einiger anderer Länder mögen als ein Anfang gelten. In einer Welt, deren Verkämpfung sich nicht zuletzt daraus erklärt, daß niemand den Worten des anderen zu trauen wagt, käme man wahrscheinlich weiter, wenn man sich Männer aus einer anderen Welt zur Hilfe holte, nämlich aus einer Welt, in der man nicht gewohnt ist, sich gegenseitig ins Gesicht zu lügen.

4. Wir wollen, daß niemand gegen sein Gewissen zum Dienst mit der Waffe gezwungen werden soll, wenn wir uns auch bisher noch nicht ganz einig darüber geworden sind, wie es vermieden werden kann, daß der Staat zum Richter über die Gewissen wird und wie weit der Staat mit seiner Gesetzgebung gehen kann, ohne sich selbst aufzugeben.

5. Wir sind uns endlich einig darüber, daß in der Frage des Wehrdienstes keiner aus unserer Mitte den Anspruch erheben darf, daß seine gewissenhafte Erkenntnis die christlich allein mögliche sei, sondern daß bei seelsorgerlicher Beratung ein jeder verpflichtet ist, darauf hinzuweisen, daß andere ernste Christen aus Gottes Wort andere Erkenntnisse gewonnen haben und daß niemandem, der anderer Überzeugung ist, die Freudigkeit zerstört werden darf, den Weg zu gehen, den sein an Gott gebundenes Gewissen ihm vorschreibt.“

Auf dieses Fazit hin hat dann wohl auch die Synode Dibelius wiedergewählt. Sehr klar im Sinne seines Hirtenwortes vom Januar war auch seine Darstellung der Lage in der Ostzone und das Problem der Jugendweihe, in welchem sich „die ganze evangelische Pfarrerschaft des Ostens mit einer Einmütigkeit, wie wir sie kaum erlebt haben, um diese Parole geschart hat“ (vgl. Herder-Korrespondenz ds. Jhg., S. 263).

#### Die Neuwahlen

Die unerquicklichen Prozeduren um die Neuwahl des Präses der Synode, der zugleich dem Rat angehört und neben dem Ratsvorsitzenden das eigentliche repräsentative Organ der EKD ist, gehören nicht in die Berichterstattung dieser Zeitschrift, zumal da sie noch weniger verständlich sind als ähnliche Vorgänge auf der Generalsynode in Bethel 1949 (vgl. Herder-Korrespondenz 3. Jhg., S. 231 f.). Daß der Veränderung im Präsesamt eine politische Bedeutung zukomme, wird man erst in zweiter Linie zugeben müssen, wenn man den Grundgedanken festhält, den Präses von Dietze dahin zum Ausdruck brachte, daß eine Stärkung des evangelischen Gesamtbewußtseins und der geistlichen Verantwortung erreicht werden solle, d. h.

aber eine Entlastung von politischen Einseitigkeiten, die nun einmal mit der Person und den Tendenzen von Dr. Heinemann gegeben sind und die man 1949 nicht voraussehen konnte, als man ihn wählte, gerade weil er der Innenminister der Bundesregierung war. Mit der Person des neuen Präses, der als gebürtiger Mitteldeutscher (Sachsen-Anhalt) auch ein aktives Mitglied der Bekennenden Kirche war, sind keine konfessionellen und keine politischen Belastungen gegeben. Es wäre völlig verfehlt, ihn etwa als Gegenspieler Heinemanns abzustempeln oder gar als Vertreter des Adenauerkurses. Er ist nicht einmal, wenn wir recht sehen, ein Schrittmacher des lutherischen Konfessionalismus der VELKD. Allerdings ist bei seiner Wahl eine lutherische Blockbildung akut geworden, die morgen zu anderen Folgerungen schreiten könnte, besonders wenn D. Dibelius einmal nicht mehr das Steuer des Rates führen sollte.

Sowohl in der Wahl von Präses von Dietze wie in der Wiederwahl von Dibelius, dem Landesbischof D. Lilje noch einmal als Stellvertreter beigegeben wurde, kommt zum Ausdruck, daß die strukturelle Dauerkrise der EKD vertagt, aber nicht bereinigt wurde. Die hinter Dr. Heinemann stehende „Minderheit“ der unierten Landeskirchen von Rheinland, Westfalen, Hessen und teilweise Berlin-Brandenburg — man schätzt etwa ein Drittel der Pfarrerschaft — hat ein großes Gewicht, das sie um so eher einsetzen kann, als die westlichen Landeskirchen von jeher mit ihren finanziellen Überschüssen dem Osten ausgeholfen haben. Heinemann ebenso wie Kirchenpräsident Niemöller und der Moderator der Reformierten D. Wilhelm Niesel, die überdies mit fast derselben Stimmeneinmütigkeit in den Rat gewählt wurden wie die übrigen Mitglieder, haben hier mit fünf Lutheranern zu rechnen: außer D. Lilje noch Prof. Hertrich, Präses Mager, Dresden, Landesbischof Mitzenheim, Eisenach, und Oberkirchenrat Riedel, München, während die vermittelnde Politik von D. Dibelius wohl auf Landesbischof D. Martin Haug, Stuttgart, und Präses Lothar Kreyssig, Magdeburg, rechnen kann. Diese Männer wurden schließlich nach viertägigen geheimen Verhandlungen des Nominierungsausschusses so gut wie einstimmig gewählt, wobei Niemöller die wenigsten Stimmen im Vergleich zu den anderen erhielt. Schon die nächste Pflicht des Rates, über die Leitung des Kirchlichen Außenamtes zu befinden, in welchem die Lutheraner endlich ihren Mann in einflußreicher Stellung zu sehen wünschen, wogegen sich Niemöller bisher gesperrt hat, wird bald zeigen, ob diese Einmütigkeit mehr ist als eine brüderliche Geste vor den Gemeinden.

#### *Aus der Arbeit der Synode*

Über die Arbeit der Synode ist wenig zu berichten. Bekannt ist der im Ausschuß für politische Fragen durchgekämpfte und schließlich am letzten Tag beratene „Appell an die Mächtigen und Verantwortlichen in der Welt“, dem deutschen Volke ein gemeinsames Leben in Freiheit zu ermöglichen und die widernatürliche Zerreißung Deutschlands zu beenden. Die Synode sei nicht in der Lage, in der Vollmacht der Kirche den politischen Weg zu zeigen, der die Wiedervereinigung verbürge, und es habe ihr große Not bereitet, daß die Ansichten darüber weit auseinandergingen. So müsse es dabei bleiben, daß jedes Glied der Kirche seine politische Verantwortung frei bezeugen kann, aber die Pfarrer werden gebeten, bei solchem Tun ihr Amt zu bedenken und nicht durch Ver-

mischung göttlicher und menschlicher Rede ein falsches (d. h. nicht durch den gekreuzigten Christus gebotenes) Ärgernis zu geben. Das ist wohl auch in der Vorstellung der evangelischen Gläubigen fast zu wenig, wenn man die bereits angerichtete Strapazierung und Verwirrung der Gewissen erwägt.

Der Rat wurde sodann beauftragt, einen Ausschuß von Sachverständigen und Synodalen zu bilden, der das Problem des Rechtsschutzes für Kriegsdienstverweigerer aus Gewissensgründen klären soll, und die Regierung der DDR zu bitten, ähnliche Bestimmungen für Kriegsdienstverweigerer in die Verfassung aufzunehmen, wie sie das Grundgesetz der Bundesrepublik enthält. Die Landeskirchen werden aufgefordert, die bisherigen Ansätze kirchlicher Mitarbeit in den Fragen des beruflichen und öffentlichen Lebens nachhaltig zu fördern. Das ist alles, was das Hauptthema beschlußmäßig eingetragen hat.

Mehr hatten die Referate über „Die Kirche in der Welt der Arbeit“ versprochen, die Bischof Lilje mit einer Kritik der bisherigen sozialpolitischen Schlagworte eröffnete. Die moderne Vergötzung der Arbeit, eine Frucht der Übertragung naturwissenschaftlicher Vorstellungen auf das Gemeinschaftsleben, insbesondere auf den Wirtschaftsprozess, könne nur dadurch überwunden werden, daß der Christ die Welt der Arbeit ernst nimmt und sich mit dem Schicksal der Menschen von heute solidarisch erklärt. Dr. Eberhard Müller, der Leiter der Evangelischen Akademie Bad Boll, entwickelte das dem christlichen Glauben entsprechende Gesellschaftsbild, für das die Bruderschaft unter den Menschen aller Berufe und sozialen Schichten entscheidend sei. Darum müsse die Kirche nach dem Beispiel der Akademien diese Bruderschaft wiederherstellen, indem sie Unternehmer und Arbeiter an einen Tisch bringt, damit sie auf dem Boden der Kirche alle ihre praktischen Sorgen und Streitigkeiten miteinander besprechen. Vor allem müsse man allen Widerständen konservativ denkender Pfarrer zum Trotz endlich daran gehen, übergemeindliche Formen christlicher Gemeinschaft herzustellen, deren Schwerpunkt dort liegt, wo heute die Menschen am stärksten leben, nämlich im Betrieb. „Solange soziale Fragen nur Regenwürmer an einem missionarischen Angelhaken sind, macht unsere missionarische Arbeit keine Christen, sondern Proselyten.“ Pfarrer Symanowski, Mainz-Kastell, der eine Art „Arbeiterpriester“ darstellt, formulierte die der Kirche gestellte Aufgabe so: es sei nicht ein Weg ausfindig zu machen, auf dem die Kirchenfremden an den Ort zurückgerufen werden können, an dem sich die Christen zum Gottesdienst versammeln. „Umgekehrt müssen wir in der Nachfolge Jesu unseren Standort verlassen und an die Seite der Kirchenfremden, der Religiösen und Religionslosen, ja der Gottlosen treten.“ Es sei völlig ungenügend, wenn Theologiestudenten durch Ferienarbeit in Betrieben Erfahrungen sammeln wollten. Nur wenn man in diesen Kampf um den gerechten Lohn eintrete, werde man erfahren, warum es so schwer ist, mitten in dieser Welt der Arbeit Christ zu bleiben, und den andersartigen Rhythmus erleben, der sich nicht nach Sonne und Mond und nach den Jahreszeiten richtet. Man könne als Kirche nicht zwischen zwei Musikkapellen marschieren wollen, die einen verschiedenen Rhythmus spielen.

Den Ausschuß, der über diese Fragen viel zu kurz beriet, leitete Klaus v. Bismarck, der sich auf dem Leipziger Kirchentag einen Namen gemacht hat und in dem viele den

künftigen Präses der Synode sehen. Es heißt, man habe ihn diesmal „nicht verschleifen“ wollen. Zu denken gibt, daß Dr. von Thadden-Trieglaff einen Ratssitz mit der Begründung ablehnte, er wolle dem Deutschen Evangelischen Kirchentag die volle Unabhängigkeit bewahren. Diese Laienbewegung, die zu Unrecht als Schwärmertum und Sektiererei bekrittelt werde, sei die lebendige Ausdrucksform des reformatorischen Christentums und die Zukunft des Protestantismus.

So kann man abschließend sagen, die EKD, die wieder einmal ihre Einheit bewahrte, ist noch nicht am Ende. Es sind noch personelle Reserven da, die aus der Erstarrung herausführen können. Aber die Krise ist nicht überstanden.

**Ein Urteil der russischen Auslandskirche über die katholische Kirche**

„In den Augen Roms ist der Bolschewismus eine Strafe, die Rußland für das ‚Schisma‘ erteilt hat“, schreibt Abt Konstantin Saizew des Dreifaltigkeitsklosters in Jordanville (USA), dem Zentrum der synodalen russischen Auslandskirche. Saizew, Herausgeber der Zeitschrift „Pravoslavnaia Rusj“, behauptet in einem Leitartikel (Nr. 2/1955), Rom warte darauf, daß Rußland im Wege einer Evolution des Bolschewismus, der dabei eine „providentiell pro-lateinische Mission“ erfülle, wie eine reife Frucht dem Papste zu Füßen fallen werde. Damit die „Bekehrung Rußlands“ aber zur Realität werde, operiere Rom mit einer Unterschiebung, die dem russischen Bewußtsein die „Bekehrung“ erleichtern solle. „So wendet sich Rom mit einem neuen Gesicht Rußland zu — einem ‚orthodoxen‘ . . .“

Die „Unterschiebung“ ist offenbar die Bereitschaft, das Erbe des orthodoxen Ostens als gleichberechtigtes Element in der universalen katholischen Kirche gelten zu lassen, eine Haltung, die von den meisten Orthodoxen als eine unfaire Methode der Unionspolitik und Vertuschung der eigentlichen Absichten betrachtet wird. Aber darum geht es dem Herausgeber von „Pravoslavnaia Rusj“ hier nicht. Er meint vielmehr, daß das „pseudo-orthodoxe Gesicht“, das sich Rom bei seinen Bemühungen um die Union der orthodoxen Christen gäbe, auch die Wahrheit des Lateinertums selbst untergrabe; „denn als absolutes Dogma für das von nun an doppelgesichtige Lateinertum bleibt einzig der Primat des Papstes“. Saizew glaubt, Rom sei geradezu bereit, sich als Kirche aufzugeben und mit der Position des „lateinischen Ritus“ sich zu begnügen, wenn sich auch die Orthodoxie damit abfände, nur als „östlicher Ritus“ zu gelten.

Hinsichtlich der Orthodoxie, versichert Saizew, bleibe dies alles völlig unreal. Was aber Rom selbst beträfe, müsse die schwerwiegende und verhängnisvolle Realität dieser Haltung verstanden werden. „In der Verwirklichung des sehnächtigen Gedankens der ‚Vereinigung der Kirchen‘ in seinem Schoße unter der päpstlichen Tiara hat das Lateinertum den Weg der Selbstaufgabe als Kirche beschritten . . .“

Merkwürdige Gedanken finden sich in dem genannten Organ auch über die Stellung der deutschen Katholiken. Der Fuldaer Katholikentag sei Inszenierung der Koexistenz der freien und der sowjetischen Welt auf kirchlicher Ebene gewesen. Die auf Einschläferung des kirchlichen Bewußtseins in Europa abgestellte Taktik der Bolschewisten habe bereits große Erfolge zu verzeichnen: Die von der Herder-Korrespondenz wiedergegebenen katho-

lischen Pressestimmen über Fulda (ds. Jhg., S. 80 ff.) seien ein Chor der Zustimmung, der die Lüge dieses Kongresses verdecke und mit dieser Lüge von der alten Tradition der Katholikentage, die politischen Probleme beim Namen zu nennen, abrücke. Die allgemeine Tendenz der katholischen Presse in Deutschland sei es, die Dinge in ein rosafarbenes Licht zu tauchen (Nr. 3/1955, S. 15).

Noch erstaunlicher ist die Interpretation der Weihnachtsbotschaft des Papstes, „die das Herz derer, die das Grundproblem unserer Zeit im Kampf gegen den Kommunismus sehen, nicht zu erfreuen vermag“, und deren verspätete Bekanntgabe, wie das Blatt versichert, nicht nur auf den Gesundheitszustand des Papstes, sondern auf die besondere Sorgfalt zurückzuführen sei, mit der dieses wichtige Dokument im Verlauf von zwei Monaten ausgearbeitet worden sei. Schon nach oberflächlicher Bekanntmachung mit der Weihnachtsbotschaft, meint das Blatt, ergebe sich die Frage: „Geht der Papst nicht erheblich weiter als die berüchtigte Formel von der ‚Koexistenz‘, und wird nicht sogar das prinzipielle Verhältnis des Vatikans zum Kommunismus in Frage gestellt?“ (Nr. 3/1955, S. 10.)

Es scheint uns, daß man in der synodalen russischen Auslandskirche die von vielen Christen Westdeutschlands versuchte gerechte und liebende Beurteilung der Lage der *Gläubigen* jenseits des Eisernen Vorhangs umdeutet in eine Sympathie — oder in einen Mangel an Wachsamkeit — gegenüber den *politischen Mächten* des Ostens.

Ebenso merkwürdig müssen des Abtes Konstantin Gedanken auch vielen Orthodoxen erscheinen, wenn er vor gewissen Vereinigungstendenzen unter den verschiedenen orthodoxen Gruppen warnt — damit man nicht dem Zugriff Roms verfallt! Eine russische Zeitung in San Francisco hatte in einem längeren Artikel angesichts der in Amerika stark um sich greifenden „Kampagne des östlichen Ritus“ den verschiedenen russisch-orthodoxen Jurisdiktionen dringend die Einigung empfohlen, da sonst eines Tages Rußland den Katholiken zufallen werde. Aber damit, schreibt Saizew, rechtfertige und fördere man nur den „Drang nach Rom“: Wenn die Wahrheit nirgends zu Hause sei und die orthodoxe Zersplitterung einfach durch eine „Vereinigung“ zu bereinigen sei — warum solle man sich dann nicht unter dem Papst vereinigen?

Wir geben diese Gedanken eines einflußreichen russisch-orthodoxen Geistlichen wieder, weil sie für gewisse Kreise der synodalen russischen Auslandskirche charakteristisch sind.

**Neue orthodoxe Studienanstalt in Paris**

Es ist erstaunlich und bewundernswert, mit welcher Aktivität die in ihren materiellen Mitteln sehr beschränkte Pariser russische Emigration ihren Ruf als westeuropäischer Mittelpunkt orthodoxen Geisteslebens zu halten weiß. Von den Professoren des Theologischen Instituts St. Sergius (Westeuropäisches Russisches Exarchat des Patriarchen von Konstantinopel) ist jetzt ein Centre Universitaire d'Études Orthodoxes ins Leben gerufen worden, das mit dem ersten Trimester November/Dezember 1954 seine Vorlesungen begann.

Das Centre Universitaire soll dem steigenden Interesse für die orthodoxe Kultur und Geisteswelt entgegenkommen. Die Kurse werden in französischer Sprache gehalten und stehen jedermann offen. Orthodoxe Kurssteilnehmer haben die Möglichkeit, durch Kombinierung ihrer Studien mit dem Studiengang des Instituts St. Sergius, das den

Rang einer Geistlichen Akademie einnimmt, sich zum Priestertum vorzubereiten. Im Programm stehen Vorlesungen über neu- und alttestamentliche Studien (z. B. Die orthodoxen Prinzipien des neutestamentlichen Studiums), Theologie der Kirche (z. B. Die orientalischen Voraussetzungen der orthodoxen Theologie), orthodoxe religiöse Kunst, russische Religionsphilosophie, Patrologie, ökumenische Konzilien. Vorlesungen über Eschatologie, Ökumenismus, Hagiographie, orthodoxe Mission u. a. sollen folgen.

**Orthodoxer Bischof beim Weltrat der Kirchen** Wie der Ökumenische Pressedienst (Nr. 7 v. 18. 2. 55) mitteilt, wird der am 6. 2. in Konstantinopel zum Bischof von Malta geweihte Archimandrit Dr. Jacob Koukouzis als Vertreter des Patriarchen von Konstantinopel beim Weltrat der Kirchen in Genf residieren. Der Metropolit

Jacob von Philadelphia (Patriarchat von Konstantinopel), der ebenso wie der neue Bischof von Malta Mitglied des Exekutivausschusses des Weltrats der Kirchen ist, erklärte dazu: „Der Bischof von Malta wird darum bemüht sein, den orthodoxen Kirchen das Werk des Weltrats der Kirchen verständlich zu machen. Er ist mit den Verhältnissen in den orthodoxen Kirchen sehr gut vertraut und wird dem Hilfswerk für orthodoxe Flüchtlinge mit Rat und Tat zur Seite stehen.“

Nach derselben Meldung betonten der Vorsitzende des Exekutivausschusses und der Generalsekretär des Weltrates der Kirchen, mit der Entsendung des Bischofs von Malta nach Genf sei eine seit vielen Jahren gehegte Hoffnung des Weltrates in Erfüllung gegangen.

Genf wird somit Sitz von zwei orthodoxen Bischöfen. Auch die russische Auslandskirche verfügt dort über einen Vikar-Bischof (Bischof Leontij).

## Die Stimme des Papstes

### Die Befreiung von Schuld und Strafe

*Am 6. Februar 1955 hat der „Osservatore Romano“ den letzten Teil der großen Ansprache über Schuld und Strafe veröffentlicht (vgl. die beiden ersten Teile, Herder-Korrespondenz ds. Jhg., S. 266 ff.), die der Heilige Vater vor dem VI. National-Kongreß der italienischen Juristen am 5. Dezember 1954 halten wollte, jedoch damals infolge seiner Erkrankung nicht vollenden und nicht vortragen konnte. Wir bringen diesen dritten Teil in nichtamtlicher Übersetzung.*

Es bleibt ein Wort zu sagen über die letzte Strecke des Weges, den Wir Ihnen zeigen wollten, d. h. über die Rückkehr aus dem Stand der Schuld und Strafe in den Stand der Schuld- und Strafbefreiung.

Lösung von der Schuld und Lösung von der Strafe decken sich nicht notwendig, weder im Begriff noch in der Wirklichkeit. Wenn man davon absieht, daß vor Gott die Nachlassung der ewigen Strafe immer verknüpft ist mit dem Nachlaß der schweren Schuld, kann eine Tilgung der Schuld vor sich gehen, ohne daß ein Nachlaß der Strafe erfolgt. Umgekehrt kann die Strafe verbüßt sein, ohne daß im Inneren des Schuldigen die Schuld zu bestehen aufgehört hat.

Der Kern der Rückkehr in das rechtliche und ethische Freisein liegt aber in der Lösung von der Schuld, nicht in der Lösung von der Strafe.

#### I. DIE BEFREIUNG AUS DER SCHULD

In der Darlegung der ersten Strecke dieses Weges zeigten Wir das innere und äußere Wesen der schuldhaften Tat, d. h. die Tat in Beziehung auf ihren Urheber wie in ihrem Verhältnis zu der übergeordneten Autorität, letztlich jedoch immer zur Autorität Gottes selbst, dessen Majestät, Gerechtigkeit und Heiligkeit in jeder schuldhaften Tat übergangen und beleidigt werden.

#### *Worin besteht die Befreiung von der Schuld?*

Die Befreiung von der Schuld muß also die durch die Schuldtat gestörten Verhältnisse wiederherstellen. Han-

delt es sich um eine einfache Sachschuld, die also reine Sachleistungen betrifft, so kann sie durch die bloße geschuldete Ableistung vollständig getilgt werden, ohne daß irgendeine persönliche Fühlungnahme mit der anderen Seite notwendig wäre. Wenn aber persönliche Beleidigung in Frage steht (allein oder verbunden mit einer Sachschuld), dann ist der Schuldige gegenüber der Person des Gläubigers durch eine Verpflichtung im strengen Sinn gehalten, von der er gelöst werden muß. Und da, wie Wir schon sagten, diese Verpflichtung eine psychologische, rechtliche, ethische und religiöse Seite aufweist, muß ihre Einlösung dem entsprechen.

Die Schuld bringt aber, von innen gesehen, für den Schuldigen auch eine Versklavung und eine Kettung seiner selbst an das Objekt mit sich, dem er sich im Vollzug der schuldhaften Tat überantwortete, und das heißt im Grunde die Hingabe an ein Pseudo-Ich, dessen Strebungen, Regungen und Ziele im Menschen ein Zerrbild des echten Ich schaffen, das vom Schöpfer und von der Natur nur für das Wahre und Gute gewollt war. Es widerspricht den Normen des rechten Weges, denen gemäß der nach dem Ebenbild Gottes geschaffene Mensch handeln und sich formen soll. Auch aus dieser Versklavung muß eine psychologische, rechtliche, sittliche und religiöse Befreiung erfolgen.

Im menschlichen Recht kann von einer Art Schuldlösung gesprochen werden, wenn eine Verfolgung der Schuld tat durch die öffentliche Autorität nicht mehr stattfindet, so z. B., auch ohne Rücksicht auf die augenblickliche innere Verfassung des Schuldigen, durch positiven Schuldverlaß seitens der Behörde oder weil die vom Gesetz festgesetzte Zeit verstrichen ist, innerhalb deren allein die Autorität eine erfolgte Rechtsverletzung unter bestimmten Bedingungen vor ihr Gericht ziehen und aburteilen will. Indessen bewirkt diese Art keine innere Umkehr, keine Metánoia, keine Befreiung des Ich von seiner inneren Versklavung, seinem Wollen des Bösen und von der Un-gesetzlichkeit. Wir möchten aber nur auf diese Befrei-